



Inhalt September 2014

Seite 1

KEIN PLATZ FÜR RASSISMUS

Kampagne der GdP-Bundespolizei gestartet

Seite 2

WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“ 2014/2015

Der Kumpelverein sucht zum neunten Mal engagierte Beiträge von engagierten jungen Leuten

ERKENNTNISGEWINN

Dokumentation der 43. Recklinghäuser Tagung erschienen

STARTSCHUSS

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus nahm Arbeit auf

Seite 3

SCHÖNER LEBEN OHNE NAZIS

Demokratiefest in Marzahn-Hellersdorf

DORTMUND IST BUNT

Friedensfestival fand zum vierten Mal statt

„DAS MACHEN WIR ALLE NICHT MIT.“

Demonstration gegen Judenhass in Berlin

Seite 4

VIRTUELLES MIGRATIONS-MUSEUM

Geplantes Projekt: Einwanderungsgeschichte im Netz

CD DES MONATS

Nazifreie Ohren: Die neue Rock-gegen-Rechts-CD

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

KEIN PLATZ FÜR RASSISMUS

Kampagne der GdP-Bundespolizei gestartet



Am 26. August 2014 hat der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gemeinsam mit dem Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ die bundesweite Kampagne „Kein Platz für Rassismus – Gegen Hass und Gewalt!“ gestartet. Den Auftakt in Potsdam kann man durchaus als spektakulär bezeichnen. Beschäftigte der Bundespolizei, Sportlerinnen und Sportler des SC Potsdam sowie Schülerinnen und Schüler der Friedrich-Wilhelm-von-Steuern-Gesamtschule aßen je eine Banane. Mehrere Hundert bezogen so Stellung gegen Rassismus.

Davon wurde ein Video gedreht, mit dem sich die Beteiligten der Internetkampagne „We are all Monkeys“ anschließen. Die Aktion im Netz entstand als Protest gegen einen rassistischen Vorfall im spanischen Fußball. Bei einem Spiel des FC Barcelona im April hatte ein Unbekannter den farbigen Verteidiger Dani Alves mit einer Banane beworfen. Alves reagierte absolut cool und aß sie einfach auf. Seither rauscht eine Welle durch das Internet. Menschen veröffentlichen Fotos von sich, wie sie in eine Banane beißen und bekunden so ihre Solidarität.

Angehörige der Bundespolizei sind in ihrem Arbeitsalltag häufig hautnah mit der Not und dem Elend von Flüchtlingen konfrontiert, die auf Grund von Verfolgung wegen ihrer Religion oder ethnischen

Herkunft gezwungen waren, ihre Heimatländer zu verlassen. Die Schicksale dieser Menschen berühren und gehen unter die Haut. Und das zeigt sich auch in Kleinigkeiten. So berichtete der Vorsitzende der GdP-Bundespolizei, Jörg Radek, von Kolleginnen und Kollegen, die ihre Kaffeekasse geplündert haben, um angekommenen Flüchtlingen etwas zu essen zu besorgen, weil das Aufnahmehotel geschlossen war. Anja Scheuermann von der Vorstandsverwaltung der GdP-Bundespolizei kennt viele ähnliche Geschichten. So hat die Frau eines Kollegen der Bundespolizei, die in der Großküche eines Krankenhauses arbeitet, dort dafür gesorgt, dass Essen für Flüchtlinge abgezweigt werden konnte. In einem anderen Fall haben GdP-Kolleginnen und Kollegen Geld zusammengeworfen, um eine Wickelunterlage zu kaufen, die eine Flüchtlingsfamilie für ihr Baby brauchte.

Zugleich ist die Polizei oft selbst einem pauschalen Rassismusbewertung ausgesetzt. Beschäftigte in Bundespolizei und Zoll verrichten vielfach auch im Ausland ihren Dienst und werden in Krisenregionen wie dem Kosovo oder in Afghanistan im Rahmen internationaler Polizeieinsätze der Vereinten Nationen eingesetzt. Ihre Arbeit trägt dazu bei, dass die Wunden geheilt werden, die zum Beispiel durch ethnische Konflikte gerissen wurden. Gerade für sie sind Unterstellungen des Ras-

simismus nur schwer erträglich. Natürlich möchte die GdP-Bundespolizei mit der Kampagne Vorurteile, mit denen Beschäftigte der Bundespolizei in eine fremdenfeindliche Ecke gedrängt werden sollen, beiseitigen. Dies soll vor allem dadurch geschehen, dass den Kolleginnen und Kollegen bei Bundespolizei und Zoll die Möglichkeit geboten wird, selbstbewusst ihre eindeutige Haltung gegen Rassismus zu zeigen und klar zu machen, dass es bei ihnen keinen Platz für Rassismus gibt. Die Unterstützung der Kampagne durch den Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ist für Geschäftsführerin Klaudia Tietze eine Selbstverständlichkeit: „Er ist der Verein aller Gewerkschaften im DGB. Die Gelbe Hand symbolisiert die Arbeit von Gewerkschaften gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Ausgrenzung insbesondere im Bereich der Arbeitswelt.“ Die Gelbe Hand gibt es jetzt übrigens auch als GdP-Anstecker.

Jetzt sind die GdP-Kreisgruppen aufgefordert, Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit zu starten und davon Videos zu drehen. Diese werden dann auf der Aktionsplattform „Gelbe Hand“ vorgestellt. Laut Jörg Radek, Vorsitzender der GdP-Bundespolizei, haben einige Kreisgruppen bereits mit ersten Vorbereitungen gestartet. Am Frankfurter Flughafen wird ein regelmäßiges Fußballturnier für Aktionen genutzt. Dort ist übrigens der Anteil von Beschäftigten der Bundespolizei mit Migrationshintergrund sehr hoch.

Auf die Ergebnisse kann man gespannt sein. Denn ein Nebenmotiv wird auch noch mitschwingen: Die Aktion zum Auftakt der Kampagne an Originalität zu übertreffen. Das ist völlig legitim, aber nicht ganz einfach. Übrigens: Durch einen glücklichen Zufall hatte ein Potsdamer Obsthändler 1000 Bananen für das Kinder- und Familienfest gespendet.



WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“ 2014/2015

Der Kumpelverein sucht zum neunten Mal engagierte Beiträge von engagierten jungen Leuten



Der Countdown läuft. Der Einsendeschluss ist am 16. Januar 2015.

Zu einer Teilnahme aufgerufen sind Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen/-kollegs und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden sowie Auszubildende und junge Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen.

Sie können Beiträge einreichen, die ein Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für ein solidarisches Miteinander sichtbar machen. Was für Beiträge das sind bleibt der Phantasie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer überlassen. Beispiele aus den letzten Wettbewerben sind Kurzfilme, Fotostories, Dokumentationen

von Aktionen, Reportagen, Power-Point-Animationen, Kurzfilme, Lieder und so weiter.

Für die Schirmherrschaft konnte der Kumpelverein auch in diesem Jahr wieder zwei Prominente aus Politik und Gewerkschaftsbewegung gewinnen, und zwar die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marlies Tepe und den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Stephan Weil. Dieser begründet seinen Einsatz für den Wettbewerb so: „Der Wettbewerb ‚Die Gelbe Hand‘ will all diejenigen würdigen, die gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv werden, die damit ein deutliches Zeichen gegen Diskriminierung von Minderheiten und für das friedliche Zusammenleben und für Akzeptanz setzen. Für diesen Wettbewerb übernehme ich daher sehr gerne die Schirmherrschaft. Wir dürfen nicht zulassen, dass beispielsweise junge Leute aufgrund ihrer Herkunft nicht zu Vorstellungsgesprächen eingeladen oder nicht in Diskotheken eingeladen werden.“

Schirmfrau Marlies Tepe ergänzt, als GEW-Vorsitzende sei es ihr ein besonderes Anliegen, „Benachteiligungen und Ausgrenzungen in Bildungseinrichtungen entgegenzuwirken. Denn gute Bildung für alle ist der Schlüssel zur Verwirklichung gleichberechtigter Teilhabe in der Arbeitswelt und am gesellschaftlichen Leben. Das Engagement für gute, diskriminierungsfreie Ausbildung und Arbeitsbedingungen in Berufsschulen und Betrieben ist zentral für ein solidarisches und friedliches Zusammenleben.“

Über die Preise entscheidet eine

Jury. Der 1. Preis beträgt 1000 Euro, der 2. Preis 500 Euro, der 3. Preis 300 Euro. Daneben gibt es Sonderpreise des Landes Niedersachsen, der DGB-Jugend Niedersachsen und der DGB-Jugend NRW, die jeweils mit 500 Euro dotiert sind. Die Preisverleihung findet im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus am 25. März 2015 in Hannover statt.

Weitere Informationen und Beispiele von früheren Preisträgern finden sich im Netz unter

www.gelbehand.de/wettbewerb

STARTSCHUSS

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus nahm

Arbeit auf



Der Stiftungsrat: v.l. Theo Zwanziger, Claudia Roth, Giovanni Pollice

Am 14. September 2014 nahm die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus ihre Arbeit auf, nachdem sie im Mai rechtlich genehmigt worden war. Dies war Anlass, um die Stiftung in einem Pressegespräch noch einmal vorzustellen. Der Stiftungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, der frühere DFB-Präsident Theo Zwanziger; er war auch Initiator der Stiftung, der stellvertretende Vorsitzende, Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth und Giovanni Pollice, Vorsitzender des Kumpelvereins. Die Geschäftsführung liegt bei Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rats, der auch zu den Gründungstiftern gehört.

Am Pressegespräch beteiligten sich auch Vertreter der drei weiteren Gründungstiftern, der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Volker Jung, der Vorsitzende von Pro Asyl, Andreas Lipsch, Petra Wlecklik von der IG Metall als Vertreterin des DGB und der frühere WDR-Intendant Fritz Pleitgen, der als Botschafter der internationalen Wochen gegen Rassismus 2015 tätig sein wird.

Die Stiftung mit Sitz in Darmstadt will die Internationalen Wochen gegen Rassismus, die seit 1979 stattfinden, fördern. Der Interkulturelle Rat als Veranstalter darf als gemeinnütziger Verein kein Vermögen bilden. „Wir müssen in die Schulen und Vereine

gehen“, sagte Zwanziger. „Überall, wo Menschen sich begegnen, wollen wir präsent sein.“ Roth verwies auf die jüngste Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, wonach vor allem Sinti und Roma bei vielen Deutschen weiter auf erhebliche Vorbehalte stoßen. Muslime würden häufig mit Islamisten und Terroristen gleichgesetzt. Angesichts des wachsenden Flüchtlingseles in der Welt sei ein Schutz der Betroffenen notwendig und nicht ein Schutz vor ihnen, so die Grünen-Politikerin.

Auf die Bedeutung von Gleichbehandlung in der Arbeitswelt verwies Petra Wlecklik von der IG Metall. Aktuell sei die Arbeitszuwanderung stark im Fokus. Da gehe es nicht allein um Ungleichbehandlung, sondern pure Ausbeutung. Deshalb hat der DGB das Projekt Faire Mobilität ins Leben gerufen, mit dem gleichermaßen in sechs Städten Aufklärungs- und Beratungsarbeit geleistet wird. Für sie ist klar: „Zwei Dinge gilt es zu bekämpfen: alltägliche Formen von Diskriminierung und Rassismus und institutionellen Rassismus.“ Die Wochen gegen Rassismus seien dafür ein geeignetes Mittel.

Giovanni Pollice, bei der IG BCE Leiter der Abteilung Schwerpunkgruppen und Vorsitzender des Kumpelvereins erinnerte an die Ausrufung des Tags gegen Rassismus durch die UNO. Dieser Schritt sei auch nach Jahrzehnten hochaktuell. Er sprach auch die Arbeit des Kumpelvereins an, der als Verein, der von den Gewerkschaften gegründet wurde, sich insbesondere gegen Rassismus und für Gleichbehandlung in den Betrieben einsetzt. Die nächsten Internationalen Wochen gegen Rassismus starten am 16. März 2015.

ERKENNTISGEWINN

Dokumentation der Recklinghäuser Tagung erschienen



Vor kurzem ist die Dokumentation der 43. Recklinghäuser Tagung erschienen. Thema der traditionellen Ver-

anstaltung der IG BCE war im Dezember 2013: „Vielfalt nutzen – Chancengleichheit verwirklichen“.

Die stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, Edeltraut Glänzer, umriss den Hintergrund des Veranstaltungsmottos: „Für die IG BCE sind Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zentrale Grundwerte unserer Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für mehr Diversity-Konzepte und weitere Betriebsvereinbarungen zum Thema ‚Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz‘ ein.“

Eine der Referentinnen, Swetlana Franken, Hochschullehrerin an den Fachhochschulen Bielefeld und Köln referierte zum Beispiel über die Vorteile von Diversität und Strategien, sie zu nutzen. In drei Foren wurden dann einzelne Aspekte von Vielfalt und Gleichbehandlung diskutiert. Swetlana Franken führte auch in

eines der Foren ein: „Chancen für interkulturelle Frauen in Unternehmen“. Angesichts des demografischen Wandels und einem damit verbundenen künftigen Fachkräftemangel ist die Erschließung neuer Arbeitskräftepotenziale nötig. Swetlana Franken nannte eine überraschende Zahl: Jede vierte Migrantin in Deutschland arbeitet unter ihrer Qualifikation. Damit war eine Diskussion in dem Forum angestoßen, die sonst eher selten geführt wird. Die beiden anderen Foren knüpften daran an. Es ging um „Interkulturelle Öffnung: Vielfalt als Ressource etablieren“ und „Vom Wert der Unterschiede, Diversity und Inklusion“. Beide Ansätze sind sehr ähnlich, gleichwohl gibt es Unterschiede. Auch hier bietet die Dokumentation der Recklinghäuser Tagung einen Erkenntnisgewinn.

Die Dokumentation kann als PDF auf der Seite der IG BCE heruntergeladen werden: <https://www.igbce.de/aktive/migranten/17414/42--recklinghaeuser-tagung>

Gedruckte Exemplare können in kleiner Anzahl bei der IG BCE bestellt werden: abt.politische-schwerpunkgruppen@igbce.de

SCHÖNER LEBEN OHNE NAZIS

Demokratiefest in Marzahn-Hellersdorf

Am 7. und 8. September 2014 fand im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf zum fünften Mal das Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ statt.

Eingeladen hatte ein Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien, Vereinen, Ämtern und Kirchen. Sie machten gemeinsam klar, dass Rassismus, Homophobie, Rechtsextremismus und Nationalismus nicht zum gesellschaftlichen Konsens ihres Bezirkes gehören.

Mit zu den treibenden Kräften gehören Mitglieder von ver.di, insbesondere aus der AG gegen Rechtsextremismus in Berlin-Brandenburg (agrexive). Auch der Ortsverein ist regelmäßig dabei. Natürlich gehört zu den Informationsständen von ver.di auch die „Gelbe Hand“ dazu. Marzahn-Hellersdorf ist kein einfaches Terrain. Nach der Wende gab es in den beiden Bezirken, die inzwischen zusammengelegt wurden, massive Probleme mit der Rechten.

Eine erkennbar rechte Jugendszene dominierte den öffentlichen Raum. Gleichzeitig kam es zu zahlreichen rechten Übergriffen gegen Andersdenkende.

Für den Bezirk war das Anlass, Pro-

Allerdings gab es im Bezirk immer noch eine vergleichsweise hohe Zustimmung zur NPD. Bei den Wahlen gelang es ihr, in Fraktionsstärke ins Bezirksparlament einzuziehen.

Im Jahr 2013 wurde der Bezirk bundesweit bekannt, als Neonazis gegen ein geplantes Asylbewerberheim agitierten. Bekannt wurden aber auch die Unterstützungsaktionen für die Asylbewerber, die zeigten, dass die Zivilgesellschaft im Bezirk gestärkt wurde.

Und ein weiterer Schritt auf diesem etwas steinigem Weg war „Schöner leben ohne Nazis am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“. Den Menschen in Hellersdorf wurden auf vielfältige Weise Alternativen zum Neonazismus aufgezeigt. Und es wurde mit Lesungen gegen das Vergessen, Bands, Chören und Tanzgruppen aus aller Welt, einer Graffitiwand, Mitmachaktionen und kulinarischen Spezialitäten aufgezeigt, dass es einfach schöner ist ohne Nazis zu leben.



gramme zu starten, um aktiv gegen die Neonazis vorzugehen und die Menschen im Bezirk zu informieren und zu überzeugen. Über die Zeit stellten sich Fortschritte ein – der Bezirk wurde bunter, die Neonazis fielen im Stadtbild kaum noch auf.

DORTMUND IST BUNT

Friedensfestival fand zum vierten Mal statt



Vom 2. bis 5. September 2014 fand zum vierten Mal das Friedensfestival Dortmund statt. Veranstalter waren der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften. Die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und andere Initiativen unterstützten die Aktion.

Gespräche, Aktionen und Informationen zum Beispiel mit Bürgermeisterin Birgit Jörder und der Stadtverbandsvorsitzenden des DGB, Jutta Reiter, waren ein Teil des Programms. Dazu kam ein umfangreiches Kulturprogramm: Kabarett, Musik. Neben dem vielfältigen Kulturprogramm informierten zahlrei-

che Initiativen über ihre Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, darunter das Bündnis „Dortmund gegen Rechts“ sowie die (türkische) Föderation demokratischer Arbeitervereine (DIDF).

Über das gewerkschaftliche und betriebliche Engagement gegen

Rechts informierten DGB Jugend, IG Metall Jugend, Kumpelverein und Betriebsräte aus Dortmunder Betrieben.

Kai Venohr, stellv. Vorsitzender des Kumpelvereins mahnte, wachsam gegen rassistische Äußerungen zu sein. Auch im Betrieb gebe es immer wieder einmal entsprechende Sprüche. Da reiche es nicht, dass der Betriebsrat dagegen vorgehe. Jede und jeder Beschäftigte müsse eine Haltung entwickeln, der zufolge die Alarmglocken läuten, wenn rassistische Äußerungen fallen und dann eben einschreiten.

Entstanden ist das Friedensfestival

in Dortmund vor vier Jahren auf Initiative von ver.di, berichtet Ralf Beltermann vom Dortmunder DGB, der das Festival koordiniert. Einige Jahre hatte die Dortmunder Neonazi-Szene einen so genannten nationalen Antikriegstag veranstaltet und einen Platz gegenüber dem Dortmunder Hauptbahnhof für ihre Propaganda genutzt. „Das ist die Eingangstür Dortmunds“ so Ralf Beltermann, „und ver.di hat reagiert: Das können wir uns nicht bieten lassen.“ Für den Zeitraum, in dem die Rechten ihre Propaganda verbreiten wollten, wurden Veranstaltungen auf dem Platz angemeldet, um den Neonazis den öffentlichen Raum streitig zu machen.

Im folgenden Jahr schlossen sich die anderen Gewerkschaften des DGB an und zahlreiche andere Initiativen und Organisationen kamen hinzu. Und seither wird den Besucherinnen und Besuchern der Ruhrgebietsmetropole schon an der Eingangstür klargemacht: Dortmund ist bunt und nicht braun.

„DAS MACHEN WIR ALLE NICHT MIT.“

Demonstration gegen Juden-hass in Berlin

Am 14. September 2014 fand vor dem Brandenburger Tor in Berlin eine Demonstration unter dem Motto: „Steh auf! Nie wieder Juden-hass!“ statt. Aufgerufen hatte der Zentralrat der Juden in Deutschland. Und er traf quer durch die Gesellschaft auf ein offenes Ohr. Auch der DGB unterstützte die Demonstration – ebenso wie die im Bundestag vertretenen Parteien, die christlichen Kirchen oder auch der Deutsche Fußballbund.

In dem Aufruf des Zentralrats wurde auf die aktuelle Situation Bezug genommen: „In den letzten Wochen mussten wir alle in vielen deutschen Städten Zeuge werden, wie blanker Hass auf uns Juden wieder offen ausgebrochen ist“ heißt es im Aufruf des Zentralrats. „Antisemitische Hetzparolen, tätliche Angriffe und Bedrohungen, sowie Anschläge auf Synagogen haben bei vielen von uns große Besorgnis und Verunsicherung ausgelöst. Aus diesem Grund wollen wir gemeinsam ein Zeichen setzen.“

Der Vorsitzende des Zentralrats, Dieter Graumann, sprach auf der Kundgebung von den „schlimmsten antisemitischen Parolen auf deutschen Straßen seit vielen Jahrzehnten“. Besonders schlimm ist aus Sicht Graumanns der Versuch, Ausfälle gegen Juden mit Verweis auf den Gaza-Krieg zu rechtfertigen. Graumann: „Was hat das eine mit dem anderen zu tun, wenn auf deutschen Straßen Juden als Schweine beschimpft werden? Wer wegen Israel zum Antisemiten wird, der war längst einer.“

Auch Kanzlerin Angela Merkel sprach auf der Kundgebung und bezog eindeutige Stellung: „Das jüdische Leben gehört zu uns.“ Antisemitismus ist aus Sicht der Kanzlerin „ein ungeheurer Skandal“. Und sie stellte klar: „Das machen wir alle nicht mit.“

Damit spricht Angela Merkel für die ganz große Mehrheit in der Bevölkerung. Das sollte Anlass sein über die Demonstration hinaus, jeglicher Form von Antisemitismus entgegenzutreten.



VIRTUELLES MIGRATIONSMUSEUM

Geplantes Projekt: Einwanderungsgeschichte im Netz

Das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD) in Köln plant ein virtuelles Migrationsmuseum. DOMiD hat sich seit 1990 zur Aufgabe gemacht, Zeugnisse zur Geschichte der Einwanderung in Deutschland zu sammeln, zu bewahren und auszustellen. Dabei geht es darum, das historische Erbe der Einwanderer zu bewahren, festgehalten in sozial-, alltags- und kulturgeschichtlichen Zeugnissen zur Einwanderung nach Deutschland. Die deutsche (Nachkriegs-)Zuwanderungsgeschichte seit dem ersten Anwerbeabkommen 1955 ist immer auch die Geschichte von Ungleichbehandlung und Fremdenfeindlichkeit.

Das nun geplante virtuelle Migrationsmuseum reagiert zum einen auf die Tatsache, dass es in Deutschland noch kein überregional aus-

gerichtetes Museum zum Thema Einwanderung gibt, das exklusiv Einwanderung bundesweit thematisiert. Zweitens existiert – jenseits von Informationsportalen – überhaupt noch kein Museum, das sich losgelöst von räumlichen Begrenzungen gänzlich im virtuellen Raum befindet.

Ein weiterer Grund: Ausstellungen erreichen das Museumspublikum, und das ist eher älter. Die Medienutzung hat sich verändert. Ein virtuelles Migrationsmuseum trägt dem Rechnung. Durch den Einsatz verschiedenster Medien werden ein breiteres Publikum erreicht und gleichzeitig die komplexen Wandlungsprozesse attraktiv dargestellt. Es gibt noch viele weitere Möglichkeiten im Netz, etwa: Jede und jeder kann entscheiden, wann der Museumsbesuch stattfindet. Was nicht beachtet wurde: Auch die Zu-

wanderer, die in ihr Herkunftsland zurückgegangen sind, können im Netz die Rahmenbedingungen der Geschichte ihrer Migration betrachten. Das sind viele Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften und auch ehemalige Hauptamtliche. Wer den einen oder die andere davon kennt, sollte anrufen, wenn das Museum im Netz ist.

Weitere Informationen:

<http://virtuelles-migrationsmuseum.org/>

<http://www.domid.org/de/domid>

CD DES MONATS

Nazifreie Ohren: Die neue Rock-gegen-Rechts-CD



Nun ist sie da: Die CD „Kein Bock auf Nazis“ der Gewerkschaftsjugend. Ein akustisches Zeichen gegen rechte Gewalt mit hochprominentem Line-up.

30.000 kostenlose CDs werden seit August 2014 in ganz Deutschland verteilt. 20 Songs von großen Bands, die sich gegen Neonazis und Rassismus engagieren, sind darauf zu hören. Mit dabei sind unter anderem: Die Toten Hosen, Die Ärzte, Beatsteaks, Kraftklub, Donots, Fettes Brot, Deichkind, Marteria, Broilers und ZSK. Die Künstler wollen mit der Aktion gemeinsam ein Zeichen gegen rechte Gewalt und rassistische Hetze gegen Flüchtlinge setzen.

„Es sollte eigentlich keinen wundern, aber es ist trotzdem ermutigend und immer wieder beeindruckend, wie viele tolle Bands hier zusammenkommen, um zu sagen, dass sie keinen Bock auf Nazis haben“, sagt Ärzte-Schlagzeuger Bela B.

„Im letzten Jahr gab es über 11.000 rechte Straftaten. Besonders Flücht-

lingsunterkünfte sind im Visier von Neonazis und Rassisten. Unsere CD ist ein wichtiger Beitrag, um rassistischer Propaganda Kontra zu bieten. Jugendkultur, die sich offensiv gegen Neonazis und Rassismus stellt, muss gestärkt werden“, sagt Christoph Schulze vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz), Berlin.

Finanziert wurde die Aktion allein durch Spenden und die finanzielle Unterstützung von DGB-Jugend, ver.di, Attac, IG-Metall und der GEW.

Weitere Informationen unter:

www.keinbockaufnazis.de/sampler

Impressum:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßbocha, DGB
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Filiz Polat**, MdL Niedersachsen.

An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Fatih Ece**, ver.di, DGB-Organisationssekretär, Recklinghausen
2. **Dr. Heinrich Eppe**, Kirchberg/Jagt
3. **Jan Grüneberg**, IG BCE, Gewerkschaftssekretär beim HV, Hannover
4. **Thorsten Kühn**, ver.di, Gewerkschaftssekretär beim BV, Berlin
5. **Mobifair e.V.**, Frankfurt am Main
6. **Filiz Polat**, MdL Niedersachsen, Bramsche
7. **Jutta Reiter**, GEW, DGB-Regionvorsitzende Dortmund-Hellweg, Dortmund
8. **Anja Scheuermann**, GdP, Gewerkschaftssekretärin, Bezirk Bundespolizei, Hilden

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36€ im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorsitzender